Der Berliner Arbeitsmarkt im Umbruch

Gesprächskreis Arbeit und Soziales
Nr. 38
Der Berliner Arbeitsmarkt im Umbruch

Eine Tagung
der Friedrich-Ebert-Stiftung
und der BBJ Consult
am 22. und 23. April 1994 in Berlin
Inhalt

Peter König
Vorbemerkung 5

Teil 1:
Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Stellungnahmen aus der Sicht der Bundesländer

Hans Heuer
Wirtschaftsstandort Berlin: Strukturpolitische Anpassungsprozesse in der Region Berlin/Brandenburg 7

Reinhard Wohllbein
Regionalspezifische Erfordernisse der Arbeitsmarktpolitik 15

Peter Haupt
Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Berlin auf dem Prüfstand 29

Bernd Reissert
Zur Verantwortung der Bundesländer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – 10 Thesen – 35

Christine Bergmann
Situation und Ziele des Landes Berlin bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 43

Rolf Schmachtenberg
Situation und Ziele des Landes Brandenburg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 47
Vorbemerkung


Die Diskussion trug der Tatsache Rechnung, daß Teile der Berliner Wirtschaft strukturell bedingte Nachteile beseitigen müssen, die in den vergangenen Jahrzehnten wirksam waren. Auf die Modernisierung dieser Industrie- und Dienstleistungsstrukturen müssen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgestellt werden.


Die Vorträge der Referenten sind in dieser Broschüre abgedruckt. Ihnen, den Teilnehmern und unserem Kooperationspartner gilt mein Dank für
die konstruktiven Beiträge, die Hinweise darauf gegeben haben, wie der Berliner Arbeitsmarkt gestärkt werden könnte. Mein Dank gilt auch meiner Kollegin Claudia Unkelbach, die zusammen mit Mitarbeiterinnen der BBJ-Consult das Tagungsbüro geführt hat. In ihren Händen lag auch die Erstellung der Broschüre.

Bonn, November 1994

Peter König

Teil 1: Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Stellungnahmen aus der Sicht der Bundesländer

Hans Heuer

Wirtschaftsstandort Berlin:
Strukturpolitische Anpassungsprozesse in der Region Berlin/Brandenburg

In meinem Beitrag werde ich schwerpunktmäßig auf die strukturpolitischen Anpassungsprozesse in der Region Berlin/Brandenburg eingehen. Diese Anpassungsprozesse lassen sich nur verstehen und in ihrer Dynamik und Radikalität nachvollziehen, wenn man sich die Ausgangsposition Berlins zum Zeitpunkt des Mauerfalls in Erinnerung ruft.

Aufgrund der spezifischen Nachkriegssituation sind die Wirtschaftsstrukturen in Berlin nicht mit denen anderer Ballungsräume vergleichbar. Im Westteil der Stadt ist der Anteil sogenannter verlängerter Werkbänke, die sich z.B. durch geringe Facharbeiter- und Ingenieurquoten, wertschöpfungsarme Produktion, eine geringe Verflechtung mit regionalen Zulieferern und Abnehmern und fehlende Headquarters-Abteilungen auszeichnen, untypisch hoch. Dach diese Industriestruktur konnten sich auch die produktionsorientierten Dienstleistungen nur ungenügend entwickeln. Während im Jahre 1990 in den westlichen Bezirken Berlins 6 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich höherwertiger Produktionsdienste beschäftigt waren, belief sich dieser Anteil in Hamburg auf 7,5 %, im Rhein-Main-Gebiet auf 8,8 % und in München sogar auf 10,7 %.

Im Ostteil Berlins war die Industriestruktur bekanntlich durch die rd. 40jährige zentralistische Planungskonomie charakterisiert: Riesige Industriemoloch, die jede marktwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit
vermissen ließen, stellten mit veralteten Verfahren Produkte her, für die es unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs keine Märkte gibt.


Demnach läßt sich weder mit einem deutlichen Übergewicht des sekundären noch mit einem des tertiären Bereichs gut leben. Entscheidend ist die gegenseitige Befruchtung beider Sektoren, sind die Impulse durch Synergien. Durch diese Zusammenballung ergeben sich die sogenannten Agglomerationsvorteile. Unternehmungen, die in den Ballungsräumen in die skizzierten arbeitsteiligen Verflechtungsstrukturen eingebunden sind, profitieren von diesen "Fühlungsvorteilen" in vielfältiger Form:

- Auf den nach fachlichen und sozialen Kriterien stark ausdifferenzierten Arbeitsmärkten können Arbeitnehmer mit den benötigten Qualifikationsprofilen angeworben werden.

- Die enge Verflechtung zu den produktionsorientierten Dienstleistern senkt die Kosten für die Informationsbeschaffung.

- Face-to-face-Kontakte erleichtern den Einkauf betriebsoptimaler Dienstleistungen.

- Technologische Verbundsysteme führen zu Kostenvorteilen durch die gemeinsame Produktion an einem Standort (economics of scale).


In diesem Rahmen haben wir zur Sicherung des industriellen Engagements zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Im Zentrum unserer industri-
politischen Orientierung steht die Technologiepolitik. Die Vorausset-
zungen für Erfolge auf technologischem Gebiet sind in Berlin denkbar
gut: Die Stadt verfügt mit drei Universitäten, 14 weiteren Hochschulen,
250 Forschungseinrichtungen und mehr als 40.000 FuE-Beschäftigten
allein in den westlichen Bezirken über ein wissenschaftliches Potential,
das seinesgleichen sucht.

Mit zahlreichen Programmen versuchen wir den Transfer der For-
schungsergebnisse in die betriebliche Praxis der Berliner Unternehmen
to unterstützen.

Eine der politisch bedeutsamsten FuE-Infrastrukturmaßnahmen ist die
Errichtung des Forschungs- und Technologieparks Adlershof. Hier
verfolgen wir den ehrgeizigen Plan, einen der größten zusammenhän-
genden Technologieparks Europas aufzubauen. Auf diesem Gelände soll
ein enges Neben- und Miteinander von Grundlagenforschung, anwen-
dungsoorientierter Forschung und vor allem technologieorientierten
Unternehmen entstehen, damit Forschungsergebnisse schnell aufgegriffen
und zu marktfähigen Produkten und Prozessen fortentwickelt werden.

Auch im Bereich der Technologiepolitik stehen Politik und Verwaltung
vor der Aufgabe, abschätzen zu müssen, in welche Felder knappe Res-
ourcen fließen sollen. Diese Aufgabe gestaltet sich um so komplizier-
werter, je weiter man sich vom Bereich einer allgemeinen Infrastrukturför-
derung entfernt und je stärker die Förderung branchen- oder sogar pro-
duktorientiert ist.

Die Gefahren von Fehlentscheidungen lassen sich um so wirksamer
minimieren, je besser es gelingt, alle Beteiligten aus Wirtschaft, Wiss-
senschaft und Politik "an einen Tisch zu bringen". Mit dem sogenannten
Stragiekreis SK FIT Berlin/Brandenburg haben diese beiden Länder
schon sehr frühzeitig eine Form gefunden, die diesen Ansprüchen ge-
recht wird. Hier arbeiten die Verbände von Wirtschaft und Arbeitneh-
mern gemeinsam mit Vertretern von Universitäten und Fachhochschulen
eng zusammen, mit dem Ziel, relevante regionale Technologiefelder
festzulegen.

Im Unterschied zu den Gralsbütern einer reinen Lehrbuchökonomie
halte ich es auch nicht für eine Todsünde, wenn zum wirtschaftspoliti-
schen Repertoire ein gezielter Einsatz von monetären Fördermaßnahmen
in einer Übergangszeit zählt. Insbesondere wenn

- Investitionen anderer Unternehmen bzw. Branchen positive externe
  Effekte "frei Haus" liefern,

- gesellschaftlich wünschenswerte Investitionen, z.B. im Bereich des
  Umweltschutzes mit außergewöhnlich hohem Risiko und hohen Ko-
  sten behaftet sind und

- von Unternehmen nicht zu verantwortende regionale Standortnach-
teile ausgeglichen werden müssen.

erscheinen Subventionen legitim. Daher waren wir in der Vergangenheit
der Meinung, daß das Berlinfohlerungsverordnung dem Prinzip nach richtig
war, und deshalb sind wir heute der Meinung, daß Investitionen in den
neuen Bundesländern, also auch in Berlin, staatlich unterstützt werden
müssen. Dies schließt selbstverständlich ein, daß Förderprogramme
zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet werden.

In zähen Verhandlungen in Bonn und Brüssel konnten wir erreichen, daß
der Ostteil der Stadt sogenanntes Ziel-1-Fördergebiet der EG wurde
und in vollem Umfang in den Genuss der Förderung nach der Gemein-
schaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ge-
kommen ist. Auch der Westteil Berlins profitiert – wenigstens in ge-
rigerem Umfang – von der EG- und der Bund-Länder-Regionalpoli-
tik.

Als ernsthafte Bremse für industrielles Engagement haben sich die Flä-
chenengpässe in Berlin erwiesen. Um Industrieflächen vor dem Zugriff
anderer Nutzungsinteressen zu schützen und so der Gefahr von Umwid-
mungen zu begegnen, haben wir ein Konzept zur Sicherung von 21
ausgewiesenen Flächen erarbeitet. Diese Maßnahme hat bereits nach
kurzer Zeit den spekulativen Überhitzungen den Boden entzogen und zu
deutlichen Preisrückgängen geführt.


Industriepolitik in meinem Verständnis ist erstens infrastrukturorientiert, indem adäquate Rahmenbedingungen für industrielles Engagement und produktionsnahe Dienstleistungen geschaffen werden. Sie ist zweitens dialogorientiert, indem relevante Entscheidungsträger und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an einen Tisch gebracht werden, um Entscheidungen zu professionalisieren. Drittens ist sie wachstumsorientiert, indem durch den gezielten Einsatz von Fördermaßnahmen Investitionen auf Märkten mit Zukunftschancen unterstützt werden. Viertens ist sie kompensationsorientiert, indem Standortnachteile, die die Unternehmen nicht zu verantworten haben, für eine zeitlich befristete Übergangsphase ausgeglichen werden.


Unter dem Aspekt der Betriebsgrößenklassen werden die strukturellen Anpassungsprozesse in Berlin dazu führen, daß neue Beschäftigungsverhältnisse vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen entstehen, während die Großbetriebe auch weiterhin ihre Beschäftigungszahlen senken werden. Lassen Sie mich diese These am Beispiel des Handwerks verdeutlichen: In den letzten drei Jahren sind in Berlin knapp 3.000 neue Handwerksbetriebe entstanden, davon rd. 2.000 allein im Osteil der Stadt. In diesen Betrieben werden mittlerweile rd. eine viertel Million Menschen beschäftigt, und dieser expansive Zug könnte selbst von dem konjunkturellen Tief nicht gestoppt werden.


Eine Arbeitsmarktpolitik, die die strukturelle Verzahnung mit der wirtschaftlichen Entwicklung sucht, müßte meines Erachtens die skizzierten Veränderungen in ihr arbeitsmarktpolitisches Kalkül einbeziehen. Doch dazu hat Herr Wohlfahrt sicherlich mehr zu sagen als ich.
Reinhard Wohlleben

Regionalspezifische Erfordernisse der Arbeitsmarktpolitik

Im vierten Jahr nach der Vereinigung der beiden Stadthälften und der Wiedererlangung des Umlands ist die Umstrukturierung von Wirtschaft und Beschäftigung nach wie vor ein schmerzhafter Prozeß für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Mittlerweile dürfte die Unterbeschäftigung ihren Höchststand erreicht haben, aber der Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozeß der Berliner Wirtschaft wird weiterhin große Herausforderungen an alle am Aufschwungsprozeß beteiligten Akteure stellen. Um die regionalen Erfordernisse der Arbeitsmarktpolitik zu skizzieren, ist ein Resumee der bisherigen Entwicklungen erforderlich, denn die gewachsenen Strukturen lassen sich nicht schlagartig ändern.

1. Die Ausgangslage vor der Öffnung

Die über 40 Jahre andauernden besonderen geographischen und politischen Bedingungen der Region Berlin haben zu einem Entwicklungsrückstand in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur gegenüber Ballungsräumen deutschen oder westeuropäischen Zuschnitts geführt.

Angesichts der unterschiedlichen Voraussetzung in den beiden Stadtteilen sind die wirtschaftlichen Ursachen für die Arbeitsmarktentwicklung getrennt zu analysieren.

Die Westberliner Situation war vor der Maueröffnung in erheblichem Maße vorbelastet durch die Wirkungen der langjährigen Insellage, die zum Verlust der Metropolenfunktion, zur Entfernung von expandierenden Märkten und starken Einbüßen industrieller Arbeitsplätze, vor allem im Investitionsgütergewerbe führten, und die Effekte der besonderen Förderungsmaßnahmen des Berlin-Förderungsgesetzes, die dem Ausgleich der Standortnachteile im geteilten Deutschland dienen sollten.

Auffällig war insgesamt ein sehr niedriger Facharbeiteranteil im Vergleich zu westdeutschen Ballungsgebieten; er betrug 1988 etwa ein Drittel, im Gegensatz zu beispielsweise Hamburg mit annähernd der Hälfte.

Von der Qualität der Tätigkeiten her stellte sich ein starker Rückstand bei produktionsorientierten Dienstleistungen und bei der Ausstattung mit Dienstleistungsarbeitsplätzen innerhalb der Industrie ein; dispositive Unternehmensfunktionen waren damit deutlich unterrepräsentiert. Hier machte sich das Defizit an Unternehmenszentralen und anderen in ihrem Umfeld angesiedelten Einrichtungen von Forschung und Entwicklung bemerkbar. Entsprechend gering war der Anteil von Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes. Der Know-how-Transfer fand nach außen statt, auch in Form von abwandernden Arbeitskräften.

Aufgrund der spezifischen Produktionsstruktur gab es im Gegensatz zu vergleichbaren Ballungsräumen keine Verflechtung der Unternehmen mit regionalen Zulieferern und insgesamt einem verhältnismäßig gering ausgeprägten Mittelstand sowie praktisch keine Nutzung der Standortvorteile Berlins im Bereich Wissenschaft und Kultur.

Die Ostberliner Beschäftigungssituation unterschied sich signifikant und war gekennzeichnet durch ein starkes Gewicht des Staatsektors und sog. Massenorganisationen; hier war etwa ein Drittel der Erwerbstätigen beschäftigt. Bedeutsam war die überregionale Versorgung staatlicher Dienstleistungen im Bereich der akademischen Ausbildung und Forschung. Der Anteil an Industriebeschäftigten lag bei etwa einem Viertel und konzentrierte sich auf die Elektrotechnik und den Maschinenbau.


2. Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung seit 1989


Ein rasanter Abbau von Arbeitsplätzen und trotz starken Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen steigende Arbeitslosigkeit im Ostteil Berlins, trotz Beschäftigungsgewinnen zuletzt ebenfalls steigende Arbeitslosigkeit im Westteil der Stadt. Mittlerweile zeigt der Arbeitsmarkt eine "Konsolidierung auf niedrigem Niveau".


Besonders schmerzhaft war die Marktöffnung für die Industrie Ost–Berlins wegen des besonders harten Wettbewerbs bei überregional handelbaren Gütern und dem Wegbrechen der osteuropäischen Absatzmärkte. Zusätzlich verschärfte die härteste Industrierezession in der Geschichte der Bundesrepublik die Lage der Fertigung in ganz Deutschland. Dort kam es zu einem dramatischen Rückgang der Industriebeschäftigung von gut 180.000 vor der Wende auf knapp 40.000 Beschäftigte Ende 1993.


3. Zur Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit

West–Berlin lag in der Arbeitslosigkeit langjährig über dem Durchschnitt der alten Bundesrepublik und verfügt damit über Erfahrungen mit dauerhafter Arbeitslosigkeit und den Selektionsprozessen zulasten wettbewerbsschwächerer Personengruppen.

In den Jahren 1989 bis 1991 blieb die Arbeitslosenquote noch praktisch unverändert, während sie in Westdeutschland deutlich sank. Dann jedoch verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage für die Westberliner Arbeitsuchenden spürbar, und die Arbeitslosenquote stieg auf 12,3 % im Jahresdurchschnitt 1993.

Im Osteil der Stadt kam es nach Einführung der Währungsumschaltung zu einem sprunghaften Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, und mittlerweile war dort auch bereits eine längere Unterbeschäftigungszeit.


Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Westteil Berlins wieder bedeutsam, aber auch in Ost-Berlin gibt es aktuelle Probleme an der zweiten Schwelle; hier liegt die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen Ende März 1994 bei 13,4 %.

Im Ostteil Berlins ist die Arbeitslosigkeit der Frauen aufgrund wirtschaftsstruktureller Besonderheiten städtischer Arbeitsmarkte (hoher Anteil von Dienstleistungsarbeitsplätzen) und der Pendelmöglichkeiten in den Westteil zwar im Vergleich zu den neuen Bundesländern geringer, aber die Arbeitslosenquote liegt mit 16 % dennoch 3 %-Punkte über der der Männer. Mit der Zielverankerung im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) sind Frauen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, in diesem Bereich sind für die Bundesanstalt noch Schulaufgaben zu erledigen.


schnitt des gesamten Zeitraums ergibt sich eine jährliche Wachstumsrate von 3.5 %. Die Berliner Zuwachsraten liegt damit deutlich über der für die alten Bundesländer unterstellten Wachstumsrate. Die Wachstumsdynamik wird dabei vor allem aus dem Osten der Stadt kommen, da für den Westteil der Stadt lediglich eine Zuwachsrate von 2,5 % ausgewiesen wird.

Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für Deutschland wird zunehmen. 1991 wurde in Berlin 4,3 % des gesamtdeutschen BIPs erwirtschaftet, dieser Anteil steigt über 4,8 % im Jahr 2000 auf 5,2 % in 2010.

Im Gegensatz zu den allerersten Erwartungen nach der Maueröffnung bleibt die Wohnbevölkerung bis zum Jahr 2000 in etwa konstant, sie schwankt maximal um 30.000 Personen. Die Anzahl der Erwerbspersonen nimmt bis zum Jahr 2000 leicht ab (1991 bis 2000 um, kumuliert, etwa 50.000), danach vor allem demographisch bedingt stärker um gut 100.000 Personen. Hiermit scheinen die kurz nach der Vereinigung erwarteten starken Bevölkerungszuwächse als nicht mehr realistisch.


Die Beschäftigung wird sich im Jahre 2010 in ihrer Verteilung auf Wirtschaftsbereiche erheblich von der bisherigen Struktur unterscheiden. An Bedeutung werden vor allem die Dienstleistungen zulegen, ihr Anteil wird auf knapp 30 % veranschlagt gegenüber 20 % im Jahre 1991. Der Trend zu mehr Dienstleistungen gilt für alle Industrieländer und besonders für die dortigen Metropolen. Gleichwohl sollte vor einer Dienstleistungschimäre gewarnt werden, denn die eigentlich wertvollen Dienstleistungen sind die produktionsnahen, die nur dort entstehen, wo eine

Entwicklung der Erwerbstätigen in Berlin (insges.) bis zum Jahre 2010 nach Wirtschaftsabteilungen (Absolutzahlen sowie Anteile in %)

Quelle: prognos (Zahlen), ABF (Graphik)
starke Produktion vorhanden ist. Der Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung bliebe demnach in etwa konstant. Eine Zu-
nahme ist noch bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter zu er-
warten. Der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes könnte von
29,2 % in 1991 auf 23,4 % in 2010 abnehmen. Gegenüber der Prognose
für die alten Bundesländer wäre ein um fast 10 %-Punkte geringerer
Anteil, im Vergleich zu Metropolen europäischen Zuschnitts hingegen
ein vergleichsweise hoher Wert. So besaß London 1971 noch mehr als
eine Million Industriebeschäftigte, 1990 machten noch knapp 400.000
Beschäftigte in der Industrie nur mehr 12 % der Gesamtbeschäftigung
aus.

Angesichts der skizzierten Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Er-
werbspersonenangebot dürfte die Unterbeschäftigung bis zum Jahr 2000
auf dem hohem Niveau von 1993 bleiben, es sei denn, der Arbeitszeit-
effekt, der mit 0,5 % veranschlagt wird, schlägt stärker durch. Erst nach
dem Jahr 2000 dürfte sich die Arbeitsmarktlage meßbar und für die in
der Generationenfolge Betroffenen auch spürbar entspannen. Inwieweit
sich die Unterbeschäftigung in registrierte Arbeitslosigkeit niederschlägt, hängt vom Verhalten der Arbeitssuchenden und den Entlas-
stungs möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik ab.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß der Anfänge euphorie einer sich
quasi von selbst einstellenden europäischen Dienstleistungsmetropole
eine durchaus notwendige Ermüdung folgt. Die wirtschaftliche
Bedeutung Berlins wird zwar zunehmen, aber die Erwerbstätigkeit wird
wegen aufzuhaltender Produktivitätsrückstände nur moderat ansteigen.
Die Arbeitslosigkeit dürfte zumindest bis zum Jahr 2000 auf einem ho-
hen Niveau verharren.

5. Entwicklungsperspektiven von Qualifikations- und Tätig-
keitsstrukturen für den Raum Berlin

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die Region Berlin
in ganz besonderer Weise in einen Entwicklungsprozeß hineinkatapultiert
tworten. Von entscheidender Wichtigkeit sind dabei Vorstellungen,

welchen strukturellen Entwicklungen Wirtschaft und Beschäftigungssys-
tem voraussichtlich nehmen werden.

1992 hat eine vom Senator für Wirtschaft und Technologie eingesetzte
Expertenkommission drei Entwicklungsmodelle skizziert, von denen die
Normalisierungsvariante "Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschafts-
struktur" als die wahrscheinlichste angesehen wurde.

Zusammen mit den Ergebnissen allgemeiner Voraussagen zum Arbeits-
kräftebedarf nach Tätigkeitsschwerpunkten und angesichts der in Aus-
gangslage bestehenden Defizite wird es in der Region Berlin zur Sub-
urbanisierung der räumlichen Funktionen und zur Tertiarisierung von
Wirtschaft und Beschäftigung kommen.

Bedarfsschätzungen von Arbeitskräften nach Tätigkeitsschwerpunkten
und Qualifikationen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß
sich die Tendenz zu mehr dienstleistungsorientierten Arbeitsplätzen
auch im Produktionssektor und der Anstieg der Qualifikationsanforde-
rungen weiter fortsetzt.

Nach der jüngsten Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektion Arbeits-
landschaft bis 2010 für die alten Bundesländer anhand der Ergebnisse
der Prognos-Deutschland-Reports von 1993 dürften im Jahre 2010
72 % aller Erwerbstätigen eine berufliche Erstausbildung oder Fortbil-
dung benötigen, weitere knapp 18 % ein Hoch- oder Fachhochschul-
studium (Tessaring 1994). Noch drastischer als bisher erwartet wird der
Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften zurückgehen, er könnte sich
im Jahr 2010 nur noch auf einen Anteil von 10 % belaufen. Die Zahl der
Arbeitsplätze dürfte sich damit auf diesem Sektor halbieren.

Nach den jüngsten vorliegenden Daten zur Struktur der sozialversiche-
 rungspflichtig Beschäftigten in West-Berlin vom 30.6.1992 betrug der
Anteil der Fachkräfte 64 %, der Beschäftigten mit Hochschulabgang
10 % und der Personen ohne Ausbildungsabschluß 26 % (Angaben ohne
de Beschäftigten, deren Ausbildung unbekannt ist.) Diese Zahlen ma-
chen deutlich, wie groß der aufzuhelnde Rückstand gemessen an der
Alt-Bundesländer-Projektion ist und betonen noch einmal die katastrophen Beschäftigungsaussichten von Ungelernten.

In der Tätigkeitssstruktur der Zukunft sind, allgemeinen Trends für die alten Bundesländer folgend, erhebliche Veränderungen zu erwarten. Die Bedeutung produktionsorientierter Tätigkeiten einfacher und mittlerer Qualifikation sowie einfacher Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich wird, wie bereits in den letzten beiden Jahrzehnten, weiter abnehmen. Eindeutige Verlierer sind die direkt in der Produktion/Fertigung angeeigneten Arbeitsplätze, bei denen der Tätigkeits schwerpunkt mit "Gewinnen/Herstellen" beschrieben werden kann.

Höherwertige Tätigkeiten im Bereich der "sekundären" Dienstleistungen werden relativ und absolut kräftig expandieren, insbesondere die Tätigkeitsfelder "Betreuen, Beraten, Lehren". Hierin artikulieren sich sehr deutlich das hohe Wohlstandsniveau der Bundesrepublik sowie die vielfältigen Anforderungen einer hochentwickelten Industriegesellschaft an eine qualifizierte Dienstleistungsinfrastruktur.


Insgesamt dürften sekundäre Dienstleistungstätigkeiten in Berlin stark an Bedeutung gewinnen; es ist davon auszugehen, daß in diesem Bereich besonders hohe Qualifikationsanforderungen bestehen, denn es wird erwartet, daß im Jahre 2010 in diesem Tätigkeitsbereich nur noch 3 % der Beschäftigten keinen Berufsabschluß, dagegen 30 % einen akademischen Abschluß aufweisen werden.

6. Regionalspezifische Erfordernisse der Arbeitsmarktpolitik

Welche Schlußfolgerungen sind aus diesen Überlegungen für die Arbeitsmarktpolitik zu ziehen?

Angesichts des hohen Bestands zu gering qualifizierter im Westteil und nicht oder noch nicht paßgenau qualifizierter Arbeitskräfte im Ostteil der Stadt und der allgemeinen Trends von Qualifikations- und Wirtschaftsstruktur, die noch in verstärktem Maße für eine Wirtschaftsmetropole gelten, geht es um die Beseitigung der strukturellen Defizite im Westen und um die Bewältigung des Modernisierungs- und Anpassungsbereichs im Osten.

Insgesamt sind die Maßnahmen der Berufsbildung, der beruflichen Erwachsenen- wie der Erstausbildung so zu profilieren, daß sie die Anpassung der Qualifikationsstruktur an die Erfordernisse der Wirtschafts- und Dienstleistungsmetropole unterstützen und den zukünftigen Bedarfen gerecht werden.

und mittlerer Unternehmen, die die Hauptträger der Beschäftigungsexpansion sind, notwendig.

Die im Deutschland-Report von Prognos vorgelegten Projektionen für die Region Berlin dämpfen Erwartungen, daß sich die Arbeitsmarktlage bis zum Jahr 2000 wesentlich aufhellen könnte. Aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt daher unverzichtbar. Vor allem gilt es, die in dem Umstrukturierungsprozeß entstehenden Anpassungslasten an die Beschäftigten abzufedern. Damit sind die Angebote an die Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik angesprochen, damit sie die Herausforderungen der sich wandelnden Metropole besser meistern können.

Literatur:


Peter Haupt
Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Berlin auf dem Prüfstand

Ich möchte sechs Schwerpunkte der bisherigen und vor allem der zukünftigen Berliner Arbeitsmarktpolitik herausarbeiten.


Neben diesen Instrumenten, die durch die Bundesanstalt für Arbeit gegeben sind, werden verstärkt ergänzende landeseigene Programme und Fördermaßnahmen aufgelegt, die immer darauf abzielen, Arbeitsmarktpolitik mit anderen Politikbereichen zu verzahnen. Hier sind vor allem die Wirtschafts- und Strukturpolitik zu nennen, ebenso werden auch Gesichtspunkte der Sozial- und Jugendpolitik, der Stadtentwicklung und der Umweltpolitik zu beachten sein.


Festzustellen ist, daß sich die Tätigkeit der Beteiligungsgesellschaft äußerst positiv ausgewirkt hat. Ohne Mitwirkung der Beteiligungsgesellschaff hätte viele unternehmerische Initiativen, vor allem im Ostteil Berlins, nicht realisiert werden können.

Im Februar dieses Jahres wurde aus landeseigenen Mitteln ein Lohnko- stenzuschußprogramm für kleine und mittlere Unternehmen im Umfang von 100 Mio. DM aufgelegt. Die Lohnkostenzuschüsse sollen die drin- gend notwendige Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützen.


Damit erhöht sich die Bedeutung von Weiterbildung und Qualifizierung, auch angesichts des Strukturwandels und des damit einhergehenden Wegfalls vieler unqualifizierter Arbeitsplätze im Westteil der Stadt.

ist ein gutes Beispiel für präventive Arbeitsmarktpolitik. Für die Realisierung dieses Konzeptes ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem betroffenen Unternehmen und den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik unabdingbar.


Gleichwohl sind Qualifizierungsmaßnahmen sehr erfolgreich. Untersuchungen zum Verbleib der Absolventen von Qualifizierungsmaßnahmen belegen, daß rd. 75 v.H. der erfolgreichen Absolventen nach Abschluß der Maßnahme keine Lohnersatzleistungen mehr bezogen haben.


ABM-Förderung nicht kurzfristig, sondern mittelfristig (drei bis acht Jahre); aber gleichwohl zeitlich begrenzt.


Bernd Reissert

Zur Verantwortung der Bundesländer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – 10 Thesen –


3. Die Konzentration der beschäftigungspolitischen Verantwortung auf die Bundesebene ist auch aus zwei weiteren Gründen sinnvoll: Zum einen werden der Bundeshaushalt und der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit wesentlich stärker als alle anderen öffentlichen Haushalte durch die Arbeitslosigkeit belastet (vgl. Tabelle 1); diese beiden zentralen Budgets profitieren folglich auch am meisten von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und besitzen deshalb die größten Anreize, eine wirksame Beschäftigungspolitik zu betreiben. Zum andern führt die Finanzverfassung der Bundesrepublik dazu, daß Länder und Kommunen mit besonders schlechter Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in der Regel auch nur über relativ geringe (eigene) öffentliche Einnahmen verfügen und deshalb am wenigsten in der Lage sind, eine eigene Beschäftigungspolitik zu betreiben; eine Politik, die Arbeitslosigkeit vorrangig dort bekämpft, wo sie am höchsten ist, ist deshalb nur mit den Mitteln des Zentralstaats möglich.
Tabelle 1: Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Arbeitslosigkeit 1993
(Ausgaben für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und zusätzliche Sozialleistungen; Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Insgesamt</th>
<th>116,3 Mrd. DM</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Davon haben zu tragen:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Bundesanstalt für Arbeit</td>
<td>44,8 %</td>
</tr>
<tr>
<td>- Bund</td>
<td>24,1 %</td>
</tr>
<tr>
<td>- Länder</td>
<td>8,5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>- Gemeinden</td>
<td>5,7 %</td>
</tr>
<tr>
<td>- Rentenversicherungen</td>
<td>13,2 %</td>
</tr>
<tr>
<td>- Krankenversicherungen</td>
<td>3,7 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Kurzbericht 6/1994


Tabelle 2: Jährliche Ausgaben der Bundesländer für aktive Arbeitsmarktpolitik (Durchschnitt der Jahre 1991–1994)\(^1\)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>DM je Einwohner</th>
<th>DM je Arbeitslosen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Alle Länder</td>
<td>35</td>
<td>879</td>
</tr>
<tr>
<td>Neue Länder(^2)</td>
<td>100</td>
<td>1.451</td>
</tr>
<tr>
<td>Alte Länder(^2)</td>
<td>17</td>
<td>526</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Neue Länder (ohne Stadtstaaten): | |
| Sachsen–Anhalt | 156 | 2.059 |
| Brandenburg | 91 | 1.329 |
| Sachsen | 82 | 1.254 |
| Thüringen | 74 | 1.024 |
| Mecklenburg–Vorpommern | 50 | 617 |

| Alte Länder (ohne Stadtstaaten): | |
| Saarland | 36 | 879 |
| Schleswig–Holstein | 26 | 760 |
| Nordrhein–Westfalen | 22 | 578 |
| Rheinland–Pfalz | 15 | 550 |
| Hessen | 9 | 312 |
| Niedersachsen | 7 | 172 |
| Bayern | 6 | 236 |
| Baden–Württemberg | 6 | 233 |


\(^2\) In den Ländersummen ist Berlin vollständig den neuen Ländern zugerechnet.

6. Im Gegensatz zur Bundesanstalt für Arbeit haben die Bundesländer ihre Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren bei steigender Arbeitslosigkeit nicht prozyklisch gesenkt, sondern antizyklisch gesteigert (vgl. Tabelle 3). Offenbar sind die Bundesländer (im Rahmen des relativ bescheidenen Gesamtvolumens ihrer Ausgaben) eher als die vom Bund abhängige BA in der Lage, politische Prioritäten zu setzen und ihre Arbeitsmarktpolitik den veränderten Handlungsbedarf anzupassen.

Tabelle 3: Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in % des Bruttoinlandsprodukts

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Ausgaben der Bundesländer</th>
<th>Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1991</td>
<td>0,059</td>
<td>1,559</td>
</tr>
<tr>
<td>1992</td>
<td>0,097</td>
<td>1,684</td>
</tr>
<tr>
<td>1993</td>
<td>0,104</td>
<td>1,642</td>
</tr>
<tr>
<td>1994</td>
<td>0,112</td>
<td>1,444</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: wie Tabelle 2

7. Für die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer an veränderte Problemlagen spricht auch die Tatsache, daß die Ausgabenintensität in den einzelnen Ländern mit der Ar-
beitsmarktlage variiert: Die Ausgaben je Einwohner und auch die Ausgaben je Arbeitslosen sind in den neuen Ländern wesentlich höher als in den alten Ländern, und auch innerhalb der beiden Ländergruppen weisen Länder mit weit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit (Sachsen-Anhalt, Saarland) die höchsten Ausgaben auf (vgl. Tabelle 2).

8. Die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Bundesländer konzentrieren sich auf drei Maßnahmebereiche:

a) AFG-Maßnahmen (z.B. Verbesserung von AFG-Förderungskonditionen, Bereitstellung von Komplementärmitteln zu AFG-Maßnahmen – auch für freie Träger),
b) Prämiente Arbeitsmarktpolitik (z.B. Qualifizierung von noch Beschäftigten, Qualifizierungsmaßnahmen in Koordination mit regionaler Wirtschaftsförderung),
c) Förderung von Arbeitslosen, die keine AFG-Förderung erhalten, insbesondere von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern.


Christine Bergmann

Situation und Ziele des Landes Berlin bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Vieles von dem, was Herr Professor Reissert für die Bundesländer insgesamt festgestellt hat, trifft auch für Berlin zu. Ein wichtiger Aspekt scheint mir die Frage der regionalen Arbeitsmarktpolitik mit oder ohne Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zu sein, eine Frage, die sich uns in Berlin angesichts zweier Regionen mit unterschiedlichen Förderkonditionen durch das AFG immer wieder stellt.

Die Länder sind bei ihrer Arbeitsmarktpolitik mit folgender Situation konfrontiert:

- Eine "Stop and Go"-Politik der Bundesanstalt für Arbeit/des Bundes, d.h. fehlende Kontinuität.

- Verschlechterung der AFG-Instrumente und damit sinkende Wirksamkeit.

- Steigende Verantwortung der Länder ohne gleichzeitige Verbesse rung ihrer Finanzausstattung.

- Aufgrund der Finanzknappheit besteht nur ein geringer Spielraum für eine vom AFG losgelöste Arbeitsmarktpolitik.

einschließlich betriebsnaher Qualifizierung für neue Einsatzfelder der Arbeitnehmer/innen entwickelt. Insgesamt ist unter den Qualifizierungsmaßnahmen die unternehmensnahe Qualifizierung gestiegen.


Zu den wichtigsten Instrumenten und Ansatzpunkten des Teils der Berliner regionalen Arbeitsmarktpolitik, die unabhängig vom AFG durchgeführt wird, zählen:

- zur Erleichterung des Übergangs in den regulären Arbeitsmarkt Lohnkostenzuschüsse für Klein- und Mittelbetriebe bei der Einstellung eines/einer Arbeitslosen;

- Existenzgründungsförderung durch stille Kapitalbeteiligungen;

- spezielle Frauenförderung durch besondere Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen, durch Lohnkostenzuschüsse und durch betriebliche Frauenförderung.

Schließlich erscheint es mir wichtig, daß Bund und Länder die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur Ausweitung der Teilzeitarbeit verbessern, damit diejenigen, die kürzer arbeiten wollen, dies auch tun können und die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe verteilt werden kann. Berlin ist auch hier aktiv geworden und wird seine Anstrengungen auf diesem Feld noch verstärken.

Ich fasse zusammen:

Die Länder müssen zunehmend den Rückzug des Bundes aus der Arbeitsmarktpolitischen Verantwortung ausfüllen, was ihnen aufgrund ihrer Finanzsituation nur teilweise möglich ist, so daß die Entlastung des Bundes auf Kosten der Arbeitslosen und der Länder geht. Bestes Beispiel hierfür ist das bevorstehende Beschäftigungsförderungsgesetz.

Regionale Arbeitsmarktpolitik hat demgegenüber gleichzeitig größere Möglichkeiten, ihre Aufgaben mit strukturpolitischen Zielen zu verbinden. Dies kann und muß noch weiter genutzt werden, setzt aber auch einen breiten gesellschaftlichen Konsens hierüber voraus und damit ein hierauf zielgerichtetes Handeln aller Fachressorts.
Rolf Schmachtenberg

Situation und Ziele des Landes Brandenburg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

In der Arbeitsmarktpolitik sehe ich für Brandenburg drei wichtige Ziele:

1. Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der von den Ländern geführten Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der sich auf der Ebene der Kommunen vollziehenden Sozialpolitik;

2. Unterstützung der regional zuständigen Arbeitsämter in der Umsetzung der von der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik.

3. Vertreten regionaler Anliegen in der Fortschreibung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG).

Alle drei sind ganz offensichtlich dadurch geprägt, daß die Führungsrolle in der Arbeitsförderung bei der Bundesanstalt für Arbeit liegt.

Das Land setzt seine Mittel und die Mittel der Europäischen Sozialfonds dafür ein, um Ziel 1 und Ziel 2 zu verfolgen. Insbesondere die Mittel der Europäischen Strukturfonds sind dazu geeignet, Verzahnungen der Politikfelder zu erreichen; ja, dies ist gerade das zentrale Anliegen der EU-Kommission.

Zunehmend sind die Instrumente der Bundesanstalt für Arbeit darauf angelegt, daß Dritte Kofinanzierungen übernehmen. Galt dies schon seit langem im Bereich der Sachmittelbezuschussung von Arbeitsbeschaf- fungsmaßnahmen/ABM ("verstärkte Förderung" gemäß § 96 AFG), so ist der zum 1.1.1993 eingeführte "Lohnkostenzuschuß Ost" (§ 249 h AFG) ganz und gar darauf angelegt, Kofinanzierungen zu erschließen. Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Entwicklung des AFG sind sehr gering; die Grundentwicklung wird in Bonn bestimmt. In der Beteiligung des Bundesrates sind einzelne Verbesserungen zwar möglich,
doch wird hier spätestens deutlich, daß Arbeitsmarktpolitik gemäß Grundgesetz Bundessache ist und Änderungen des AFG eben auch gegen den Willen der Länderkammer durchgesetzt werden können.

Artikel 48 der Brandenburgischen Verfassung macht es zur Pflicht jeder Landesregierung, das ihr nur irgend Mögliche für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun. Die große und im Grunde nicht abschließend beantwortbare Frage ist, mit welchem Mix an politischen Strategien die Landesregierung diese Aufgabe am besten wahrnimmt. Setzt sie mehr auf die Förderung des Wohnungsbaus, der Infrastruktur, der Technologie oder etwa auf den Ausbau der Universitäten? Sollte sie zugunsten eines Lohnkostenzuschußprogramms oder der ergänzenden Förderung von ABM die Beizuschuss von Kindertagesstätten zurückfahren?

Der Hinweis auf Zuständigkeiten mag an dieser Stelle wie der Beginn eines Abgesangs anmuten; er ist aber unbedingt erforderlich, da es gerade die Verwischung der Zuständigkeiten war, die in den neuen Bundesländern über die Einführung des § 249 h einen Rückzug des Bundes aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik relativ elegant ermöglichte.

1991 schuf die Bundesregierung im Rahmen des "Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost" eine "arbeitsmarktpolitische Brücke". Auf ihrem Höhepunkt waren Ende 1991 ca. 400.000 ArbeitnehmerInnen in ABM, 650.000 in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung und weitere 502.000 in Kurzarbeit (Vollzeitäquivalent) und 705.000 in Altersübergang bzw. Vorruehstand. D.h., jeder dritte 1989 in der DDR Berufstätige wurde jetzt durch eine Maßnahme der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gefördert. Eine zweifelsohne gigantische Operation, deren Bewertung sich rückblickend auch Skepsis mischt, denn die sozialpolitische Flankierung wirkte häufig auch zweiseitig, indem die ArbeitnehmerInnen den Wegfall ihrer Arbeitsplätze eher akzeptieren oder zumindest hinnehmen ließ.

Möglicherweise dies im ABM-Bereich, indem das "Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" neben einer vollen Lohnkostenbeizuschuss auch die Beizuschuss von Sachkosten vorsah. Die Länder beteiligten sich an der Kofinanzierung — allen voran Sachsen-Anhalt — und wedefertigten so um die Bundesmittel, ohne auf die Vergabe der Mittel einen wesentlichen Einfluß zu haben.

Im Frühjahr 1992, als absehbar war, daß die "Brücke" auf diese Weise nicht haltbar war, und zugleich das Ausbleiben eines raschen wirtschaftlichen Aufschwungs das Konzept der "Brücke" ohnehin in Frage stellte, schlug das Land Brandenburg ein "Strukturfördersprogramm — Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" vor. Mittel, die andernfalls von der BA für die Gewährung passiver Lohnersatzleistungen eingesetzt werden müssten, sollten mit Mitteln aus Förderprogrammen in einer Art Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zusammengeführt werden, um so für ca. 500.000 ArbeitnehmerInnen durch die Vergabe von Aufträgen in der Wirtschaft Arbeitsplätze im Ausbau der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Infrastruktur der neuen Bundesländer zu schaffen. Die zugrundegelegte Modellrechnung wurde nie in Zweifel gezogen; im Gegenteil, eine exakte Nachberechnung des Instituts für Arbeit und Berufsforschung (IAB) bestätigte die Aussagen. Der Finanzierungschlüssel sah eine Aufteilung der Gesamtkosten nach folgendem Schema vor:

| BA ("Arbeit statt Arbeitslosigkeit") | 50 % |
| Bund | 25 % |
| Länder | 25 % |

Die Beteiligung der Länder ist nicht allein durch die bekannten Refinanzierungsargumente, sondern auch dadurch gerechtfertigt, daß ein solches Programm eine Reihe von Aufgaben aufnehmen würde, die andernfalls auch von den Ländern gefördert werden würden.

Im Ergebnis der Diskussionen zur Fortführung der "ABM-Brücke" und dem Strukturförderprogramm wurde zum 1.1.1993 der § 249 h in das AFG eingeführt, der den Gedanken "Arbeit statt Arbeitslosigkeit" als kostenneutral Leistung der BA aufnimmt. Anliegen der Bundesregierung war es vor allem, in Schwerpunktreihum mit besonderen Strukturproblemen (Braunkohle, Chemie, Stahl) über ein Förderinstrument zu verfügen, das eine Verlängerung der "ABM-Brücke" ermöglichte. Als
Fördervoraussetzung sieht der § 249 h eine untarifliche Bezahlung vor. Diese Maßgabe wird nicht durch eine Entlastung des Zuschusses der BA gerechtfertigt, denn ihr Zuschuß hängt nur von der Höhe der er- 
sparten durchschnittlichen Leistung von Arbeitslosengeld und Arbeits-
losenhilfe ab. Sie wird vielmehr allein rein ordnungspolitisch mit der 
fragwürdigen Absicht begründet, eine tarifliche Trennung zwischen re-
gulärer und öffentlich geförderter Arbeit zu schaffen. Im Ergebnis ist sie 
eine Belastung, die den Konsens zu der Förderung erheblich erschwert. 
Nach längerem Ringen wurde im Sommer 1993 dann eine Kofinanzie-
rungsregelung für den Treuhänderebereich vereinbart, nach der die Ge-
samtkosten für 50.000 Plätze wie folgt aufgeteilt wurden:

| BA ("Arbeit statt Arbeitslosigkeit") | ca. 20 % |
| Bund | 48 – 60 % |
| Länder | 20 – 32 %. |

Die Arbeiten werden an Wirtschaftsunternehmen (hierzu zählen auch 
Sanierungs- und ABS-Gesellschaften) durch Ausschreibung vergeben.
Mit anderen Worten: Nach langem Gezweige wurde ein mit 50.000 Stellen 
"10 %-Strukturförderprogramm – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finan-
zieren" tatsächlich verwirklicht. Zwei zusätzliche Maßgaben haben al-
erdings zu regionalen und arbeitsmarktwirksamen Verzerrungen geführt:
Erstens dürfen nur Objekte saniert werden, die direkt oder indirekt im 
Besitz der Treuhandanstalt sind. Zweitens dürfen nur ArbeitnehmerIn-
nen gefördert werden, die aus Treuhandunternehmen oder ABSen oder 
ABM entlassen werden. Die erste Maßgabe hat dazu geführt, daß die 
Anwendung nicht der arbeitsmarktwirksamen Betroffenheit der jeweiligen 
Region entspricht; die zweite offenbart sich darin, daß immer da, wo der 
Einsatz der Förderung nach § 249 h besonders hoch ist, die Langzeitar-
beitslosigkeit ebenfalls besonders hoch ist. Der Ausschluß der Arbeits-
lösen von der Förderung zeigt hier seine arbeitsmarktwirksame fragwürdige 
Wirkung.

Wurde schon beim § 249 h vom Bundesarbeitsminister den Ländern die 
Verantwortung für seine Nutzung öffentlich zugesprochen, so verstärkte 
sich dieser Versuch einer Verantwortungs-Verschiebung bei der Um-
setzung des ABM-Stabilisierungsprogramms des Bundes 1993. Nach-
dem sich Ende Februar 1993 herausgestellt hatte, daß die nach wie vor 
relativ große "ABM-Brücke" – erst Mitte 1993 erreichten die 1991 
ergereichten Maßnahmen ihr Zweijahresalter – die Kasse der Beitragszahlern, der BA leergefegt hatte, reagierte der Bund im Rahmen 
seines Solidarpaktes, den er mit den Ländern schließen wollte, mit einem 
Sonderprogramm ohne Sachkostenbezuschussung. Die Mittelauflösung 
bleiben im Einvernehmen mit den Ländern vorgesehen. Der zunächst 
zögerliche Mittelabfluß wurde dann den Ländern zugeschrieben. Und 
dies, obgleich der Bundesarbeitsminister eine Reihe von erschwerenden 
Bedingungen für die Genehmigung vorgeschrieben hatte und über die 
Maßnahmen in den Arbeitsämtern der Bundesanstalt für Arbeit ent-
schieden wurde. Ende 1993 konnten dann schließlich noch erhebliche 
Teile des ABM-Programms gebunden werden. Doch der Rückzug der 
Bundesanstalt aus der aktiven Arbeitsförderung konnte nicht aufgehalten 
werden. Die Zahl der Teilnehmer in Maßnahmen der Fortbildung und 
Umschulung fiel von Januar 1993 bis Januar 1994 von 420.000 um 
33,5 % auf 280.000. Die Zahl der ABM-Teilnehmer fiel im gleichen 
Zeitraum von 325.000 um 31,4 % auf 223.000. Zugleich wurden bis 
Januar 1994 73.000 ArbeitnehmerInnen in § 249 h-Maßnahmen zuge-
wiesen. In vielen Statistiken des Bundes werden übrigens die § 249 h-
Teilnehmerzahlen einfach mit den ABM-Teilnehmerzahlen zusammengefaßt, so daß der Rückgang in ABM nicht ganz so deutlich wird.

1993 wurden also im Verhältnis zwischen Bund und Ländern vor allem 
zwei Dinge deutlich:

1. Das Nullsummenspiel: Je mehr Mittel die Länder für aktive Arbeits-
marktpolitik einsetzen, desto eher ist es dem Bund möglich, seine 
Mittelansätze zurückzuführen.

2. Die Verantwortungs-Verschiebung: Je mehr sich die Länder in Fra-
gen der Arbeitsmarktpolitik engagieren, also einmischen, desto eher 
kann der Bund die Verantwortung für Mißerfolge auf die Länder 
verschieben und versuchen, die Länder gegeneinander auszuspielen. 
Dies um so mehr, wie die Fragen der Zuständigkeiten zwischen 
Bund, Bundesanstalt für Arbeit, Ländern und auch Kommune für die 
BürgerInnen ohnehin nur sehr schwer abzugrenzen sind.
 Zwischenfazit – das ist die leidige Erfahrung der heftigen Entwicklungen der letzten vier Jahre in den neuen Bundesländern: Ein Mehr an Landesengagement kann am Ende ein Weniger an aktiver Arbeitsmarktpolitik insgesamt bedeuten.

Vor diesem Hintergrund sind die Zahlen, die Bernd Reissert hier vorge stellt hat, sehr interessant. Aus ihnen zu folgern, bestimmte Länder müßten aber nun mal mehr tun, würde zu kurz greifen. Denn es bleibt die Frage offen, ob nicht unter Umständen ein Mix an politischer Strategie sinnvoll ist, indem auf Landesebene Mittel der Arbeitsförderung zielgenau dafür eingesetzt werden, um Verbindungen zwischen den versicherungsbezogenen Leistungen der BA und der Wirtschafts- und Strukturförderung herzustellen. Kofinanzierung von ABM ist nur sinnvoll, um mögliche Mittelbindungen im Land zu halten; strukturpolitisch ist sie für die Länder angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten von ABM und des geringen Zugriffs auf die Entscheidungen wenig attraktiv. Alleiner erscheint es sinnvoller, die Kommune in der Anwendung des § 19 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zu unterstützen und für möglichst viele arbeitslose Sozialhilfeempfänger Arbeitsplätze in Unternehmen, Verwaltungen oder Projekten zu erschließen.


Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg hat in den vergangenen vier Jahren vier Leitlinien entwickelt, an denen sich ihre Arbeit orientiert:

1. "Regionale Strukturförderprogramme – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren"

Das Land unterstützt die Kreise bei der Erarbeitung Regionaler Strukturförderprogramme, mit denen auf regionaler Ebene eine Verzahnung der Fördermittel angestrebt wird. Wo möglich, sollen Mittel der Arbeitsförderung (ABM, § 249 h, BSHG § 19, Langzeitarbeitslosenprogramm) herangezogen werden, um die Entwicklung der Region zu unterstützen und zugleich Arbeitslosen sinnvolle, motivierende Arbeitsplätze zu erschließen.


2. Wirtschaftsnahe Qualifizierung

Hier geht es um die Formen der marktorientierten Qualifizierung, die das AFG aufgrund seines versicherungsbezogenen Ansatzes nicht zuläßt: Qualifizierung zur Stabilisierung kleiner und mittlerer Unternehmen, als Beitrag zur Unternehmenssanierung, zur Vorbereitung von Existenz- und Unternehmensgründungen.
3. Initiativen contra Langzeitarbeitslosigkeit

In den neuen Bundesländern bildet sich ein hoher Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit heraus; die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß sie individuell noch nicht so verfestigt ist, wie dies in den alten Bundesländern häufig der Fall ist. Hier gilt es, so breit und zeitig wie möglich, Verkrustungen entgegenzuwirken. Hierzu dient ein Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit, das in Brandenburg entwickelt wurde und die Pilotphase demnächst abschließt. Bereits 1995 sollen alle hierdurch mehr als 5.000 ArbeitnehmerInnen erreicht werden. Beschäftigungsfördernd wirken die Einrichtung von Arbeitsplätzen gemäß § 19 BSHG (rund 1.400 Stellen wurden bereits eingerichtet; sie können in der Regel mehrfach besetzt werden) und die Nutzung der Möglichkeiten des Langzeitarbeitslosenprogramms des Bundes.

4. Ergänzungsförderung zum AFG (wo dies gegenwärtig noch unabdingbar ist, um die Mittel der BA im Land zu binden)

Hier bezsuschußt das Land entsprechend § 96 AFG Sachkosten bei ABM und fördert begleitende Qualifizierungsmaßnahmen zu ABM, um die Vermittlbarkeit aus ABM zu stärken.

Im Bereich § 249 h von einer Ergänzungsförderung zu sprechen, wäre verfehlt, da der Zuschuß der BA in der Regel keine 50 % der Gesamtkosten trägt; hier orientiert sich die Förderpolitik des Landes an der Leitlinie Nr. 1 "Regionale Strukturförderprogramme – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren".

Auf der Grundlage dieser vier Leitlinien versucht Brandenburg, eine eigenständige Landesarbeitsmarktpolitik zu führen, die den drei eingangs genannten Zielen gerecht wird. Gleichwohl kann sie nicht die Entscheidungen des Bundesgesetzgebers zur Arbeitsförderung ausgleichen. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz hat der Bund deutlich gemacht, daß er sich aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter zurückziehen will. Zugleich ist aber klar, daß die hohe Arbeitslosigkeit heute mehr denn je neuer Ansätze und verstärkter Anstrengungen zur Schaf-


Ich sehe hier drei Handlungsfelder:


den Entwurf eines derartigen Teilzeitförderungsgesetzes und beabsichtigt, ihn noch 1994 in einer mit den übrigen SPD-Ländern abgestimmten Form in den Bundesrat einzubringen.

Mit diesen Handlungsfeldern wird deutlich, daß die Arbeitsmarktpolitik der Länder ihre Kraft meines Erachtens noch stärker in eine Veränderung der Rahmenbedingungen einbringen müssen, wobei sie dann jeweils zu einem angemessenen Eigenanteil aufgefordert sein werden. Kurzum, über den Vergleich des Einsatzes und der Sinnhaftigkeit von Landesförderung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik (eingangs genannte Ziele 1 und 2) sollte das eingangs genannte Ziel 3 nicht in Vergessenheit geraten.

**Teil 2: Referate, Thesen und Diskussionsergebnisse aus den Workshops**

Dieter Bogai

**Reaktionen des Landes Berlin auf arbeitsmarktpolitische Herausforderungen: – Diskussionsergebnisse –**

Der Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozeß der Berliner Wirtschaft hat zum starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in beiden Stadthälften geführt. Der Workshop stand unter der Fragestellung, wie das Land Berlin im Rahmen seiner arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten auf die Beschäftigungsschwere reagiert hat und ob sich anhand bestimmter Prüfkriterien bereits angeben läßt, wie die Instrumente des arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms gewirkt haben.

gelte es, Innovationsvorschläge zur Erwerbsarbeit und Arbeitszeit-
verteilung im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Diskussion zu för-
dern. Bei allen diesen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten sei die Beschäf-
tigungsförderung von Frauen eine Querschnittsaufgabe.

Es stellte sich heraus, daß es bisher keine Ergebnisse zur Evaluation der
Einzelmaßnahmen des ARP gibt. Die darüber hinaus angestrebte be-
schäftigungspolitische Verknüpfung von Maßnahmen anderer Politi-
kressorten sei nicht hinreichend geglückt. Auf Widerstände sei die
Gründung von Arbeitsförderbetrieben wegen befürchteter Wettbe-
werbsverzerrungen gestoßen. Das Lohnkostenprogramm zugunsten
dekleiner und mittlerer Unternehmen werfe ähnliche Probleme im Rahmen
europäischer Vorschriften auf.

Von seiten der Wissenschaft wurden die Gesichtspunkte einer idealty-
pischen Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen skizziert.
Als Ausgangspunkt werden Informationen über den lokalen Arbeits-
markt und bisherige Trends von Arbeitsnachfrage und -angebot sowie
über zukünftige Entwicklungstendenzen durch externe Trends benötigt.
Im Rahmen eines Rückkoppelungsmodells dienen der zu evaluierende
Mitteleinsatz als Input und die Zahl der geförderten Teilnehmer als
Output. "Monitoring"-Informationen und Erfolgskontrolle sollen eine
Rückwirkung auf den Programmzuschnitt ermöglichen.

Das ARP sei in einem ersten Einschätzungsversuch von der Mittelaus-
stattung im Vergleich zu anderen Länderprogrammen durchaus beacht-
lich und enthalte einen Teil innovativer Instrumente im Bereich der
Förderung der privaten Wirtschaft. Allerdings würden die Mittel über-
wiegend in den zweiten Arbeitsmarkt gelenkt. Dadurch besteht die Ge-
fahr einer Schaffung dauerhafter Subventionstatbestände. Andererseits
ist nach englischen Erfahrungen eine Separierung des zweiten Arbeits-
markts vor allem hinsichtlich sozialer Standards zu befürchten. Die von
dem ARP angestrebte Personenförderung entspreche zwar in Teilen den
arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen, erreiche aber zuwenig gering qua-
litifizierte Arbeitslose und Industriearbeiter.

Zu den "Monitoring"-Informationen gehören detaillierte Angaben u.a.
zur Teilnehmerstruktur (sozioökonomische Merkmale) zwecks Ziel-
gruppenerreichung, zum Abbruch bzw. Verbleib der Teilnehmer und zur
Zusammensetzung der finanziellen Mittel. Zur Bewertung der Maßnah-
men seien Wirkungsanalysen und Erfolgskontrollen bzw. Kosten-
Wirsamkeits-Berechnungen und Kosten-Nutzen-Analysen erforder-
lich. Bei der Ermittlung von Nettobeschäftigungseffekten seien etwaige
Mitnahme-, Substitutions- und Verdrängungseffekte in Rechnung zu
stellen. So gäbe es Erfahrungen, daß Lohnkostenzuschußprogramme
Sickereffekte von 50% bis 75% aufweisen. Andererseits weisen z.B.
Programme zur Existenzförderung Multiplikatoreffekte durch zusätzlich
initierte Beschäftigungsverhältnisse auf. All diese Informationen benö-
tigen lernende Organisationen, damit bei mangelnder Wirsamkeit Pro-
grammrevisionen stattfinden können.

Als Grundproblem der Effizienzsteigerung arbeitsmarktpolitischer
Maßnahmen und bei der Zielsetzung eines möglichst hohen Übergangs
in den ersten Arbeitsmarkt wurde diskutiert, daß dadurch möglicher-
weise sozialpolitische Zielsetzungen, die sich zweifellos auch gesell-
schaftlich rechnen, zu kurz kommen. Hier sei ein Kompromiß anzustre-
bren, indem die Zielgruppenerreichung quas als Nebenbedingung in
die Evaluierung einbezogen wird.
Peter Schallok

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Ost- und Westteil Berlins: – Thesen –

Möglichkeiten und Grenzen regionaler Wirtschaftsförderungspolitik

1. Wirtschaftsförderung kann die Ansiedlungs- und Entwicklungsbedingungen von kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern.

2. Wirtschaftsförderung kann so Einfluß auf das regionale Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplatzentwicklung nehmen sowie Strukturverbesserungen bewirken.


5. Wirtschaftsförderung muß Prioritäten setzen. Im Vordergrund muß die Förderung wettbewerbsfähiger, wertschöpfungsintensiver und technologieorientierter Produktions- und Dienstleistungsunternehmen mit attraktiven Dauerarbeitsplätzen stehen.

7. Mitnahmeeffekte bei finanziellen Fördermaßnahmen sind so weit wie möglich auszuschließen. Es ist stets eine angemessene Eigenleistung vorzusehen.

Strukturverbessernden betrieblichen Maßnahmen (z.B. Betriebsberatung) sollte Vorrang gegeben werden.

8. Betriebsbezogene öffentliche Subventionen müssen ständig auf negative Nebeneffekte hin beobachtet werden.


Wirtschaftsförderungsmittel dürfen nicht wettbewerbsverzerrend oder -verhindern wirken.

10. Für weniger qualifizierte und auch nicht durchgreifend qualifizierbare Arbeitskräfte müssen auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Hier darf aber nur ein nachrangiges Aktivitätsfeld liegen.


12. In Berlin steht ein umfassendes Wirtschaftsförderungsinstrumentarium für die betriebliche und infrastrukturelle Förderung von KMU zur Verfügung,

z.B.

- Existenzgründungsdarlehen
- Eigenkapitalhilfe
- Stille Beteiligungen
- Bürgschaften
- Sonderfonds
- Investitionszuschüsse

- landeseigene Grundstücke
- Gewerbeflächen in öffentlichen geförderten Gewerbegebieten
- Betriebsberatungsmittel
- F + E usw.

13. Im Rahmen der Investitionsförderung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur werden KMU stärker als große Betriebe gefördert.

14. Bei einer Existenzgründung können in Berlin bis zu 85 % (siehe hierzu zu 9.1) der Investitionen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

15. An fehlender Wirtschaftsförderung ist bisher in Berlin noch kein von der Unternehmensidee und von der Unternehmerpersönlichkeit her tragfähiges KMU-Projekt gescheitert.
Karl Röhrig

**Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Förderprogramme für die Durchsetzung der Vollbeschäftigung**


Die Arbeitslosigkeit hat gesellschaftliche Folgekosten, und es ist mehr als einmal ausgerechnet worden, daß aktive Arbeitsmarktpolitik immer sinnvoll ist.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren muß das Ziel aktiver Beschäftigungspolitik sein, weil es Beschäftigungsdefizite auf Dauer gibt.

Stärker als bisher müssen dabei auch präventiv wirksame Modelle wie z.B. betriebliche Beschäftigungspläne oder die Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, wie sie in den Tarifabschlüssen der IG Metall in
diesem Jahr zum Tragen kommen, direkt in den Unternehmen zur ge-
rechteren Verteilung der Arbeit geschaffen werden. Dafür müssen neue
und den Strukturwandel unterstützende Arbeitsfelder in den Betrieben
selbst entwickelt werden.

Der neue Ansatz zur Finanzierung dieser Arbeitsfelder ist der Gedan-
der – weitgehend – kostenneutralen Umschichtung von Lohnersatzlei-
stungen in solche neuen aktiven Maßnahmen.

Soll dieses neue Instrument der aktiven Lohnkostenzuschüsse für pri-
watwirtschaftliche Unternehmen nutzbar sein, dann allerdings müssen
globale Arbeitsfelder für deren Zulässigkeit beschrieben werden, wie sie
ähnlich bereits für den § 249 h Arbeitsförderungsgesetz gelten. In neuen,
gesellschaftlich wie betrieblich nützlichen Arbeitsfeldern (z.B. soziale
Dienste im Betrieb, Recyclingprojekte, Altstoffsammlungen, Gesund-
heitsprojekte) in den Unternehmen könnten Arbeitslose dann tätig sein.
Und die Betriebe könnten erproben, wie diese Arbeitsfelder auf Dauer
sinnvoll entwickelt werden können und dann auch dauerhaft bestehen
bleiben können.

Diese betrieblichen Arbeitsfelder könnten den Strukturwandel unterstüt-
zehn. Dazu müssen auch besser als bisher verschiedene Instrumente und
Förderprogramme kombiniert werden. Die stärkere Verzahnung der
Arbeitsmarktpolitik mit der Wirtschaftsförderung oder z.B. mit der
Förderung der Forschungs- und Technologiepolitik ist allerdings bisher
kaum gelungen. Das gilt bedauerlicherweise vor allem für die neuen
Bundesländer, wo die Erwartungen diesbezüglich besonders hoch waren.

Gelingt die Veränderung der Förderbedingungen zugunsten der Kom-
bination von Arbeitsmarktmitteeen mit anderen wirtschaftspolitischen
Fördermitteln und deren stärkerer Einsatz auch in den privaten Betrie-ben, dann wäre dies die wirksamste Methode, aktive Arbeitsmarkt-
-, besser dann Beschäftigungspolitik, betreiben zu können.

Nur mit einer wenig bürokratischen Umsetzung und weitgehend in pau-
schalisertem Volumen wird es gelingen, diese direkten Lohnkostenzu-
schüsse für neue Beschäftigungsverhältnisse und andere direkt betrieb-
liche, präventiv wirksame Instrumente einzusetzen. Diese neuen Instru-
mente sollen in den neuen und alten Bundesländern einsetzbar sein.

Neben dieser neuen Form von Lohnkostenzuschüsse sind aktive, pro-
jectorientierte neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie die Be-
schäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften im Osten Deutschlands
dennoch weiter auszubauen. Auch hier soll im Sinne der Verzahnung
von Mitteln die Nutzung von Investitions- und Strukturfördermitteln,
insbesondere GA-Mittel, ermöglicht werden, die wirtschafts- und ar-
beitsmarktpolitischen Mittel müssen also auch hier kombinierbar sein.

Allgemein ist ein solcher Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung
in differenzierter Form auf lange Sicht erforderlich. Neben der Wieder-
ingliederung in normale Beschäftigungsverhältnisse mit neuen Instru-
menten muß auch eine langfristige Absicherung von sehr schwer ver-
mittelbaren Arbeitslosen in öffentlich finanzierten arbeitsmarktpoli-
schen Projekten möglich sein.

Alle Beschäftigungsverhältnisse in öffentlich geförderter Beschäftigung
müssen normale arbeitsrechtliche und keine sozialrechtlichen Grundla-
gen haben.

Für neue Finanzierungen, wie z.B. negative Steuern für bestimmte
Gruppen von Arbeitslosen, sind bisher keine ausreichend formulierten
Vorschläge auf dem Tisch. Es ist sinnvoll, darüber weiter nachzudenken,
solang dies nicht mit dem Aufbau eines Billiglohensektors verbunden
wird.
Marlene Kück

Zur Problematik des Risikokapitalbedarfs in innovativen Unternehmen des Klein- und Mittelbetriebssektors

Viele unternehmerische Initiativen im Klein- und Mittelbetriebssektor scheitern gegenwärtig, weil es nicht gelingt, ihren Risikokapitalbedarf zu decken.


Aber genau an diesen Überlegungen mangelt es im wirtschaftspolitischen Raum. Im Vordergrund stehen Förderungskonzepte, die auf die (Mit-)Finanzierung der substanziellen, langfristigen Anlagevermögen abzielen (Grundstücke, Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung).
Sehr deutlich wird dieser Tatbestand bei den verschiedenen Investitionszulageregulierungen, beim Eigenkapitalhilfe- und ERP-Programm. Immer wird als Bemessungsgrundlage für die Förderung das Anlagevermögen (bzw. bestimmte Teile davon) herangezogen. Das Förderungssystem ist also substanzzwertorientiert, der Risikokapitalbedarf läßt sich damit weitgehend nicht erfassen.

Etwas anders sieht dies bei einem neuen Förderungsweg im Land Berlin aus, der über die Beteiligungsgesellschaft Berlin mbH für kleine und mittlere Betriebe erschlossen wurde. Von dieser Institution kann Risikokapital an innovative Unternehmen vergeben werden.

Die Risikokapitalvergabewird bei der Beteiligungsgesellschaft Berlin mbH mittlerweile in Form von zwei unterschiedlichen Beteiligungstypen praktiziert.

Der erste Beteiligungstyp führt zur Vergabe sog. Bemessungsgrundlagen-unabhängiger stiller Beteiligungen, mit deren Hilfe eine Mitfinanzierung der Investitionen im Anlagevermögen und gesamten Umlaufvermögen erfolgt.

Der zweite Beteiligungstyp wird als Optionsrechtskapital bezeichnet. Der Beteiligungsansatz sieht die Vergabe von Optionsrechten durch die Beteiligungsgesellschaft Berlin mbH an private Kapitalgeber vor, sofern sie den Unternehmen stille Beteiligungen zur Deckung des Risikokapitalbedarfs gewähren.


Das Optionsrechtskapital schafft damit die Voraussetzungen, die bisher die Etablierung eines regionalen Marktes des "kleinen Eigenkapitals" verhindert haben: hohe Fungibilität der Anteile durch die (An-) Kaufgarantie der Beteiligungsgesellschaft und Entbindung der Beteiligungsgeber vom Kapitalausfallrisiko ihrer hingergebenen Mittel. Beides war und ist für Kleinanleger die entscheidende Hürde, ihr Kapital in direkten betriebsbezogenen Beteiligungs- und Kreditanlagen zu investieren.


Der Eigenart der Struktur des Kapitalbedarfs, worauf zu Beginn schon hingewiesen wurde, kann durch die Gewährung von Beteiligungs- und Optionsrechtskapital maßgerecht entsprochen werden. Durch Investitions- onskreditprogramme gelingt dies nicht.

Sabine Kroeker-Stille

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe in Berlin


3. Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Berlin läßt sich folgendermaßen untergliedern:

- Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Förderung nach § 249 h Arbeitsförderungsgesetz,
- Förderung der beruflichen Weiterbildung,
- Förderung der Privatwirtschaft: Existenzgründungsförderung, Lohnkostenzuschüsse.

Die Arbeitsmarktpolitik für Klein- und Mittelbetriebe (KMU's) betrifft alle drei Bereiche, und zwar auf unterschiedliche Art und Weise.
4. ABM und Klein- und Mittelbetriebe:

Mit ABM werden infrastrukturelle Voraussetzungen für Klein- und Mittelbetriebe geschaffen. Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen haben außerdem Nachfragewirkungen und Impulseffekte für KMU’s und führen häufig zu Ausgründungen im Bereich der KMU’s.

5. Berufliche Fort- und Weiterbildung:

Die landeseigenen Angebote der beruflichen Fort- und Weiterbildung richten sich nahezu ausschließlich an Klein- und Mittelbetriebe. Als Beispiel sei die Fort- und Weiterbildung und Um- schulung ehemaliger Industriebeschäftiger für Handwerksbetriebe genannt.

6. Förderung und Privatwirtschaft:

Eine Förderung von KMU’s ist aus arbeitsmarktpolitischer Sicht deshalb sinnvoll, da dort in den letzten Jahren die meisten Ar- beitsplätze geschaffen wurden. Das Land stellt ein breites Spektrum von Lohnkostenzuschüssen zur Verfügung, wovon einige aus- schließlich von KMU’s in Anspruch genommen werden dürfen. Zu letzteren zählen

(1) die Förderung arbeitsloser Fachkräfte ab 45 bzw. 50 Jahre,

(2) die Übernahme ehemaliger ABM-Beschäftigter durch KMU’s und

(3) das 100-Mio.-DM-Lohnkostenzuschussprogramm für KMU’s.

Schließlich fördert das Land die Existenzgründung bei KMU’s durch Lohnkostenzuschüsse im ersten Jahr durch günstige Kredite und Bürg- schaften.

Referenten, Tagungs- und Diskussionsleitung

Eröffnungsveranstaltung

Peter Haupt, Staatssekretär, Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin

Dr. Hans Heuer, Staatssekretär, Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Peter König, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, Forschungsinstitut, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Dr. Rudolf Steinke, Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin

Armin Tschoepe, Staatssekretär, Senatsverwaltung für Soziales, Berlin

Reinhard Wohleben, Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg, Berlin

Workshop 1: Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Berlin auf dem Prüfstand

Dr. Dieter Bogai, Landesarbeitsamt Berlin

Peter Haupt, Staatssekretär, Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin

Dr. Josef Hoormann, DGB Berlin/Brandenburg

Prof. Dr. Günther Schmid, Wissenschaftszentrum Berlin

Klaus Dieter Teufel, Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, Berlin
Workshop 2: Arbeit statt Sozialhilfe. Zwangsprogramm ohne Nutzen oder Strategie mit Breitenwirkung?

Ludwig Fuchs, Deutscher Städtetag, Köln

Achim Meyer auf der Heyde, BBJ Consult, Berlin

Armin Tschoepe, Staatssekretär, Senatsverwaltung für Soziales, Berlin

Klaus Wermker, Stadtverwaltung Essen

Workshop 3: Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Förderung und Sicherung kleiner und mittlerer Unternehmen im Ost- und Westteil Berlins

Gabriele Cocozza, Handwerkskammer Berlin

Dr. Michael Heine, Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Dr. Sabine Kroker–Stille, Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin

Prof. Dr. Marlene Kück, Bürgschaftsbank Berlin

Karl Röhrig, IG Metall Berlin/Brandenburg

Peter Schallock, Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Workshop 4: Arbeitszeit, Arbeitszeitflexibilisierung und Teilzeitarbeit als Standortfaktor

Ingrid Hancke, Schering AG, Berlin

Dr. Ingrid Kurz–Scherf, freiberuflich, Berlin

Manfred Müller, Gewerkschaft hvv, Berlin

Dr. Rudolf Steinke, Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin

Ulf Willecke, KaDeWe Berlin

Abschlußveranstaltung

Dr. Christine Bergmann, Senatorin für Arbeit und Frauen, Berlin

Manfred Harrer, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Berlin

Christiane Krajewski, Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, Saarbrücken

Jürgen Kühl, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Prof. Dr. Klaus Mackscheidt, Finanzwissenschaftliches Institut an der Universität Köln, Köln

Prof. Dr. Bernd Reissert, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin (FHTW)

Dr. Rolf Schnachtenberg, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Potsdam
Reihe "Gesprächskreis Arbeit und Soziales"

Nr. 1: Ausländer im vereinten Deutschland – Perspektiven der Ausländerpolitik (vergriffen)
Nr. 2: Industriebetriebe an der Schwelle zur Marktwirtschaft (vergriffen)
Nr. 3: Zuwanderungspolitik der Zukunft (vergriffen)
Nr. 4: Modernes Management in Unternehmen der alten und neuen Bundesländer
Nr. 5: Zukunft des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern (vergriffen)
Nr. 6: Multikulturelle Gesellschaft – Der Weg zwischen Ausgrenzung und Vereinnahmung? (vergriffen)
Nr. 7: Ursula Mehrländer, Günther Schultze
Einwanderungskonzept für die Bundesrepublik Deutschland – Fakten, Argumente, Vorschläge (vergriffen)
Nr. 8: Zukunft sozialer Einrichtungen und sozialer Dienste in den neuen Bundesländern (vergriffen)
Nr. 9: Sicherung des Gesundheitswesens in den 90er Jahren (vergriffen)
Nr. 10: Branchenentwicklungen und Handlungsperspektiven betrieblicher Interessenvertreter in den neuen Bundesländern (vergriffen)
Nr. 11: Der ostdeutsche Maschinenbau – Wege zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit
Nr. 12: Flüchtlingsbewegungen und das Recht auf Asyl (vergriffen)
Nr. 13: Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Regional- und Wirtschaftspolitik – Eine dringende Aufgabe in den neuen Bundesländern (vergriffen)
Nr. 14: Einwanderungsland Deutschland: Bisherige Ausländer- und Asylpolitik – Vergleich mit europäischen Ländern (vergriffen)

Nr. 15: Fremdenfeindlichkeit und Gewalt – Ursachen und Handlungsperspektiven (vergriffen)
Nr. 16: Veränderung des Arbeitsschutzrechtes in der Bundesrepublik Deutschland (vergriffen)
Nr. 17: Gesundheitsstrukturgesetz – Gezücht zum Lösung der Probleme im Gesundheitswesen?
Nr. 18: Neue Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik – Ist ein Gesamtkonzept für die neuen und alten Bundesländer erforderlich? (vergriffen)
Nr. 19: Deutsche und Polen – Zwischen Nationalismus und Toleranz (vergriffen)
Nr. 20: Betriebliche Gesundheitspolitik auf dem Prüfstand – Sind neue Konzepte für alternde Belegschaften erforderlich?
Nr. 21: Entstehung von Fremdenfeindlichkeit – Die Verantwortung von Politik und Medien
Nr. 22: Partizipationschancen ethnischer Minderheiten – Ein Vergleich zwischen Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland (vergriffen)
Nr. 23: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – Herausforderung für die Demokratie (vergriffen)
Nr. 24: Gesundheitspolitik in Unternehmen der neuen Bundesländer (vergriffen)
Nr. 25: Weiterentwicklung der Behindertenpolitik in Deutschland
Nr. 26: Das duale System der Berufsausbildung in der Sackgasse? – Modernisierungsdruck und Reformbedarf
Nr. 27: Den Zweiten Arbeitsmarkt fördern – Ein ökonomisch und sozial tragfähiges Konzept?
Nr. 28: Ausbildung und Beschäftigung – Übergänge an der zweiten Schwelle
Nr. 29: Chancengleichheit für ausländische Jugendliche
Nr. 30: Privatisierung von Gesundheitsleistungen – Die soziale Krankenversicherung auf Abwegen?

Nr. 31: Einwanderungspolitik Kanadas und der USA – Beispiele für die Bundesrepublik Deutschland?

Nr. 32: Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik

Nr. 33: Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik – Mehr Weiterbildung bei veränderten Arbeitszeiten?

Nr. 34: Minderheiten- und Antidiskriminierungspolitik: Alternative zur Integration?

Nr. 35: Ost-West-Migration – Fluchtursachen und Handlungsperspektiven

Nr. 36: Soziale Sicherung auf dem Prüfstand – Gerät die Rentenversicherung ins Wanken?

Nr. 37: Gesundheitsstrukturgesetz – Bilanz und Perspektiven

Nr. 38: Der Berliner Arbeitsmarkt im Umbruch

Die Broschüren sind kostenlos zu beziehen bei:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Arbeits- und Sozialforschung
D–53170 Bonn